

Kreistagsfraktion

Fraktionsvorsitzender

Guido Gutsche

Homanns Kämpfe 17 b

59320 Ennigerloh

Tel.: 02524-4870

Fax: 02524-951434

mobil: 0170-3114670

e-Mail: ggutsche@aol.com

www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de

11.12.2015

Haushaltsrede 2016 Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, verehrte Damen und Herren,

2015 ist das Jahr der Wende..und das Jahr der Erkenntnis..

Was bis gestern nach galt, was Jahr für Jahr stets Gegenstand wiederkehrender Rituale war, gerät angesichts des in 2015 massiv angestiegenen Flüchtlings- und Migrantenzustroms im Moment zur Makulatur.

Die bereits vor Jahrzehnten von Fachleuten für das neue Jahrtausend prognostizierte **Flüchtlingswelle**, im Moment überlagert durch die Kriegssituation in Syrien, stellt Europa und im Besonderen Deutschland auf allen politischen Ebenen vor neue Herausforderungen, aber auch sich zuspitzende Fragestellungen.

Die neue Situation konfrontiert auch unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger hier vor Ort zu ganz eigenen Überlegungen und es ist unsere Aufgabe in der Politik, Gefühle, Fragestellungen, Engagement, aber auch Kritik über alle unterschiedlichen Einstellungen hinweg Ernst zu nehmen und mit gesundem Menschenverstand zu begleiten.

Demografischen Fragestellungen und der moralischen Verpflichtung, den Problemen dieser Welt mitmenschlich zu begegnen, stehen im konkreten Fragen gegenüber wie die Integrierbarkeit einer so großen Anzahl von Menschen, Fragen der Sicherheit bei unkontrollierten Grenzen sowie der langfristigen Finanzierbarkeit.

Denn von Wirtschaftsforschern wird angesichts früherer und jetziger Untersuchungen u.a. des Bundesarbeitsministeriums, die nur von einer gegenwärtigen Quote von 10% Arbeitsmarktverfügbarkeit ausgehen, eine dauerhafte Mehrbelastung von 40 bis 50 Milliarden Euro je Jahr vorausgesagt. Geld, das in unserem System erwirtschaftet und bereitgestellt werden muss.

Auch den Kreis Warendorf und seine Städte und Gemeinden treffen diese Belastungen erheblich, denn neuer Wohnraum muss her und zwar schnell und auf absehbare Zeit wohl auch mit steigender Tendenz. Daneben stehen lokale Integrationsbemühungen und – aufwendungen für Betreuung, Sprachbildung, Beschulung etc.

Jede Kollegin und jeder Kollege im Doppelmandat weiß, wovon ich spreche.

Lt. Landesfinanzminister Borjans sind bis Anfang Dezember bereits 250.000 Menschen zu uns gekommen. Am Ende des Jahres werden sich mehr als 4.500 Asylbewerber alleine im Kreis Warendorf aufhalten.

Für **Versäumnisse der Landesregierung** bei der Bereitstellung von Notaufnahmeeinrichtungen sind die Kommunen und Kreise in die Bresche gesprungen.

Hier ist der Kreis Warendorf seiner Verpflichtung vorbildlich nachgekommen!

Lieber Herr Dr. Gericke, Ihnen und allen Verwaltungsmitarbeitern, aber auch der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern und den vielen vielen freiwilligen ehrenamtlichen Helfern unseren ganz herzlichen Dank!

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben erfordern gesamtgesellschaftliche Finanzierungen! Und zwar aus dem allgemeinen Steuertopf und nicht für den Schuldenerhöhungstopf der Kommunen.

Während die Kosten für vorerst 100 unbegleitete Jugendliche als 100%ige Refinanzierung mit 3 Millionen Euro ergebnisneutral im Kreishaushalt erscheinen, müssen für die **flüchtlingsbedingte Steigerung bei den SGB II-Kosten in Höhe von rund 2,5 Millionen Euro** die Kommunen über die Kreisumlage herangezogen werden.

100 sogenannte Bedarfsgemeinschaften kosten den Kreis rund 400.000 Euro. Der Kreishaushalt 2016 beinhaltet eine erwartete Steigerung vom Ansatz 2015 auf 2016 um 500 auf dann 8.800 Bedarfsgemeinschaften.

Geht man von aktuellen Zahlen des Landkreistages aus, kann der Flüchtlingszustrom für einen durchschnittlichen Kreis eine Zunahme an Bedarfsgemeinschaften von zunächst 2-3.000 bedeuten.

Mit Adam Riese an der Hand können Sie alle leicht, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, ausrechnen, was das finanziell für unseren Kreis und unsere Städte und Gemeinden bedeutet!...WENN es bei der Sockelbeteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft bei derzeit 26,4 % bleibt!...

Meine Damen und Herren,
neben der Eingliederungshilfe, die kommendes Jahre zusammen mit einigen anderen Kostensteigerungen im LWL-Gebiet zu einer Umlageerhöhung von 126 Millionen Euro führt, spielt HIER die Musik! Im SGB II....

Daher unser **CDU-Antrag** an den Bund, die Kosten für die Kommunen aufgrund des flüchtlingsbedingten Anstiegs zu übernehmen. Laut Landkreistag ginge das nur durch eine **Anhebung der Bundesbeteiligung von 26,4 auf 39,4%.**

Wir alle können hier den Bund nicht aus seiner Verpflichtung zum Ausgleich flüchtlingsbedingter Mehrbelastungen im SGB II entlassen und wünschen hier ausdrücklich auch die Unterstützung unserer Städte und Gemeinden, uns dabei zu unterstützen, denn SIE und die Bürgerinnen und Bürger sind es, die ansonsten für diese zusätzlichen Kosten gerade stehen müssen!

Gerade hier beläßt der Kreishaushalt beim Ansatz von nur 8.800 Bedarfsgemeinschaften ein hohes Risikopotential ZUGUNSTEN unserer Städte und Gemeinden in seinen eigenen Büchern, weil wir auf die zeitgerechte Unterstützung des Bundes setzen!

Wer jedoch schon lange seine Pflichten vernachlässigt, meine Damen und Herren, ist das Land NRW!

In all den vergangenen Jahren Schlusslicht bei der Finanzierung **asylbedingter Kosten**. Während andere Bundesländer ihren Kommunen diese staatliche Aufgabe teilweise zu 100% ersetzen, kennen wir hier nur 30-35%!

Unsere Städte und Gemeinden bleiben auf Millionenlasten hängen.

Hier fordern wir endlich die Spitzabrechnung!!!

Einen anderen Teil der Musik spielt in diesem Jahr die RWE-Aktie.

Töne in Dur und Moll, langsam anschwellend wie ein Tsunami, gipfelten in dem, ich will es mal vorsichtig ausdrücken – ambitionierten - Bürgermeistervorschlag, die angesparten Pensionsrücklagen zur Dämpfung der Zahlungsverpflichtungen unserer Kinder zu veräußern,

um über die dann stattfindende Kapitalerhöhung die RWE-Abschreibung gegenrechnen zu können.

Warum?

Weil der Kreis bereits sein fast gesamtes Eigenkapital zugunsten einer niedrigeren Kreisumlage an die Städte und Gemeinden ausgekehrt hat. Alleine 17 Millionen Euro ehemaliger RWE-Werte wurden bis Ende 2014 über die Allgemeine Rücklage verrechnet. Und je nachdem, was Prüfungsämter und Wirtschaftsprüfer sagen, ist auch für 2015 eine Abschreibung über 5 oder 10 Euro je Aktie, sprich 3 oder 6 Millionen Euro in Summe, abzuschreiben. Dann ist das Kreiseigenkapital so gut wie weg! Und die Aktie steht dann immer noch mit 40 oder 35 Euro Ende 2015 in den Büchern.

Und nein, es ist keine Zockerei, die der Kreis Warendorf hier mit den Aktien macht, wie alle hier in diesem Forum in der Zeitung aus berufenem Munde lesen konnte.

Diese Aktien hat der Kreis Warendorf aus den Altkreisen Beckum, dort 1912 erworben, und Warendorf, hier 1925 erworben, übernommen. 100 Jahre kommunale Einflussnahme auf die Elektrifizierung der Region, 100 Jahre sichere Dividendenerträge.

Keine Zockerei!

Der Kreis Warendorf kann nichts für den Wertverfall.

Er war in der Form auch nicht voraussehbar, ...sonst hätten sich sicher nicht etliche Stadtwerke in der Region am Steinkohlekraftwerk Westfalen in Hamm beteiligt und herbe Verluste erlitten, auch hier im Kreis Warendorf..

Und der Kreis Warendorf kann auch nichts für die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements durch das Land NRW, das handelsrechtliche Regelungen den Kommunen auch in den Bereichen aufzwingt, die weder notwendig noch sinnvoll sind, sondern das Gegenteil dessen...völliger Quatsch!

In der alten Kameralistik – die das Land ja nach wie vor bei sich selbst anwendet – hätte es keine Abschreibung der RWE-Aktien und damit keine Geltendmachung über die Kreisumlage gegeben.

Und egal, wie man das Kind nun nennt, ob Allgemeine Kreisumlage oder Sonderumlage, der Kreis muss sein Defizit über eine Umlage erheben, das steht in § 56 Kreisordnung drin.

Und weil das so ist und wir uns noch Jahre um des Kaisers Bart weiterstreiten können, macht es doch einzig und allein Sinn, die **unsinnige ergebniswirksame Abschreibungsverpflichtung von Finanzanlagen beim NKF, denen kein Finanzmittelbedarf gegenübersteht, abzuschaffen.**

Genau das haben wir beantragt und bedanken uns für die einhellige Unterstützung in diesem Gremium. Wir alle wollen zugunsten unserer Kommunen hoffen, dass das Land hier schnell eine Umsetzung herbeiführt.

Dies würde den Städten und Gemeinden weitere geschätzte 10 Millionen Euro Kreisumlage ersparen, obwohl, und das ist in der ganzen Diskussion der letzten Wochen untergegangen, der Kreis dieses Geld NICHT von seinen Kommunen abkassieren will!

Was ich mit der ausführlichen Sachdarstellung der gerade behandelten beiden Themenfelder, mit Wiedereingliederhilfe klarstellen will, ist, dass wir bei allen finanziell weitreichendsten Belastungsfeldern auf den goodwill uns übergeordneter Ebenen angewiesen sind. Das gilt ebenso für die Bereiche Eingliederungshilfe, direkte Asylkostenabrechnung und Soziallastenansatzverschiebung zugunsten der Großstädte durch das Land.

Diese beeinflussen durch ihre Gesetzgebung unsere Finanzen und lassen ihr eigenes Portemonnaie nur zu gerne zu!

WENN wir nicht genügend Druck ausüben!....

Was nicht heißt, dass wir nicht auch hier unseren Aufgaben für eine sparsame und sachgerechte Haushaltsführung nachkommen müssen.

Für die CDU-Fraktion ist dies selbstverständlich.

Dem Ansinnen der Bürgermeister, die im Rahmen der Generationengerechtigkeit auf allen politischen Ebenen dringend notwendige Bildung von Pensionsrücklagen zugunsten der **Schuldensondertilgung** des Kreises in diesem Jahr ausfallen lassen, sind die Fraktionen der CDU und der FDP **salomonisch** nachgekommen. 50 % der 2 Millionen gehen jetzt in die Sondertilgung, 50% sollen in den weiteren Aufbau des **Kapitalstocks** für zukünftige Pensionslasten gehen.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Kinder haben AUCH ein Recht darauf, nicht von den jetzt durch uns produzierten Kosten zukünftig erdrückt zu werden.

Und diejenigen (eher aber wohl deren Nachfolger im Amt...;-), die den Aufbau dieses Kapitalstocks jetzt Jahr für Jahr in schöner Regelmäßigkeit kritisieren, werden irgendwann froh sein, das der Kreis das auch zugunsten IHRER Kommune und deren Bürgerinnen und Bürger gemacht hat.

Das diesjährige Benehmensverfahren treibt jedoch auch originelle Blüten.

So wollen einige ihre Stadt im Kreis Borken verortet wissen, ohne zuvor die Detailrechnung aufgemacht zu haben.

Auf den ersten Blick ist die **Kreisumlage, verglichen mit der der Westmünsterlandkreise**, natürlich hoch. Bei diesen jedoch wird die kommunale Kostenbeteiligung bei Hartz IV nur zu **50 % über die Kreisumlage abgerechnet. 50% rechnet jede Kommune vor Ort spitz ab.** Bei dieser Art Abrechnung gäbe es für einige eine böse, für andere eine positive Überraschung....ohne Namen nennen zu wollen....

Die Art und Weise, wie die Option SGB II im Kreis Warendorf abgewickelt wird, nämlich aus einer Hand, ist effizient und ein Erfolgsmodell und für 2 große Städte in unserem Kreis ein Zeichen der Solidarität der 11 anderen Städte und Gemeinden.

Und dass Kreisumlagen generell nicht mit demselben Zentimetermaß vergleichbar sind, zeigen auch die unterschiedlich hohen kommunalen Realsteuersätze hier im Kreisgebiet.

Haushaltskonsolidierung, Aufgabenkritik, Beteiligung der Städte und Gemeinden...

Schlagworte, liebe Kolleginnen und Kollegen, die letzten Freitag noch für einige Aufregung im Kreisausschuss gesorgt haben.

Ich erinnere mich an letztes Jahr.

Wie wir hier aus diesem Forum, aus allen Parteien, jede Haushaltsposition umgedreht haben. Wo wir von der **CDU u.a. einen Antrag zur verstärkten interkommunalen Zusammenarbeit** auf allen Ebenen und Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, einen Antrag zur stärkeren Einbindung der Bürgermeister ins Benehmensherstellungsverfahren gestellt haben.

Aufgrund Ihres Antrags, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, findet seit diesem Jahr nach Haushaltseinbringung und vor unser aller Beratungen ein Haushaltsgespräch zwischen den Bürgermeistern, der Verwaltungsspitze und den Fraktionsspitzen statt. Dieses Gespräch dient dem gegenseitigen Austausch, der Kritik und bietet den Kommunen die Möglichkeit, ihre eigenen Anregungen und Sparvorschläge in die Gremien des Kreistages zu transportieren.

Quintessenz des diesjährigen Gesprächs war, bei den freiwilligen Leistungen nicht draufzusatteln und die interkommunale Arbeitsgruppe der Bürgermeister mit der Kreisverwaltung, unterbrochen seit 2010, wiederzubeleben.

Gleichzeitig brachte der Landrat sein Haushaltsbegleitpapier ein.

Ziel dieses **Rahmenprogramms zur Konsolidierung des Kreishaushalts 2016 bis 2019** ist die Realisierung von **Entlastungen in einer Größenordnung von 2 bis 3 Millionen Euro.**

Und genau dieses Konsolidierungspapier zeigt den richtigen Ansatz!

Kosteneinsparungen bei gesetzlichen Pflichtaufgaben kann man nur durch intelligente Steuerungsmaßnahmen begegnen. Alleine die Sozialaufwendungen machen 73% des gesamten Kreisetats aus.

Clearingverfahren und Fallmanagement im Pflegestufenverfahren
Präventive Ausrichtung der Pflege- und Wohnberatung
Verfahrensmaßnahmen bei der Krankenhilfe
Steuerung der Kosten der Unterkunft und Heizung
Zertifizierung des Jobcenters als Maßnahmeträger
Strukturierungsmaßnahmen zur Kostensenkung bei der RVM

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren, ist nur ein Auszug aus dem Steuerungskatalog der Kreisverwaltung! Auch die CDU-Fraktion hat im Vorfeld einige Anregungen dazu gegeben.

Sie selbst, liebe Kolleginnen und Kollegen aus allen Kreistagsfraktionen, tragen mit Ihren Anträgen und Anregungen zur Optimierung unseres Umlageverbands bei. Jeder Ihrer Vorschläge wird genau geprüft und beurteilt.

Ich frage Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD....was wollen Sie mehr?

Sie haben wiederholt einen Antrag zur Aufgabenkritik unter Beteiligung der Städte und Gemeinden gestellt. Ohne allerdings eigene Konsolidierungsvorschläge zu unterbreiten.

Die Städte und Gemeinden sind doch in mehreren Beteiligungsrunden eingebunden. Sogar seit letztem Jahr zusätzlich in der Fraktionsrunde mit den Bürgermeistern, wie ichs gerade bereits erwähnt habe.

Jeder kann hier alles einbringen und hat es auch getan.

Und wer es nicht tut, dem empfehle ich die traditionelle Priesterfrage vor Vollzug der Eheschließung:

Wenn jemand etwas dagegen hat, möge er jetzt sprechen oder auf ewig schweigen....

Irgendwann muss auch mal gut sein mit Selbstbeschäftigung und Scheingefechten!

Und noch eins kann ich nicht verstehen, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der **SPD**...
Ich zitiere die **Glocke vom 05.12.2015**:

Überschrift: „SPD verweigert Zustimmung zum Haushaltsplan“

Letzter Artikelsatz: „Direkte Kritik am abzustimmenden Finanzplan des Kreises hatte die SPD aber nicht.“

Wenn Sie doch im Prinzip nichts gegen das Zahlenwerk einzuwenden haben, geben Sie sich n Ruck...stimmen Sie doch einfach zu!

Wir alle hier im Kreis, aber insbesondere in unseren Städten und Gemeinden und in der gesamten **kommunalen Familie hier im ländlichen Raum, sollten uns nicht auseinanderdividieren lassen!**

**Die dicken Löcher sind in Düsseldorf und Berlin zu bohren...
Dafür taugt keine Nagelfeile, dafür brauchts ne Hilti!
GEMEINSAM sind wir am stärksten!**

Was wir aber für unseren Kreis selbst tun können, ist:

Wir können ihn entwickeln und bewerben, **wir können eine noch hübschere und konkurrenzfähigere Braut aus ihm machen.**

Ums vorweg zu nehmen: ...Er ist bereits ein hübsches Mädels, unser Kreis Warendorf ... (bei aller Hochachtung vor den sprachlichen Gepflogenheiten der Gleichberechtigung, liebe Kolleginnen und Kollegen...;-))

Wir haben eine ausgewogene Zusammensetzung aus Klein- und Mittelstädten und Dörfern im Viereck Münster, Osnabrück, Gütersloh/Bielefeld und Hamm mit gut funktionierenden Strukturen und sehr guten bis mittleren Anbindungen an Fernstraßennetz und Zugverkehr. Wir haben mit Schwerpunkt Südkreis eine florierende Exportindustrie vor allem im Maschinenbau.

- Insbesondere der Kreis Wdf investiert mehr in Forschung und Entwicklung als die übrigen Msland-Kreise
- Wir haben eine hohe Patentintensität im Kreis Warendorf (NRW 79,7 je 100.000 E, Wdf 105,9, Coesfeld 87,1)

Wir sind mittlerweile Fachhochschulstandort.

Wir sind eine familienfreundliche Region mit moderaten Grundstückspreisen und vielfältigem Vereinsleben.

ABER:

Der Trend in die umliegenden Großstädte ist, wie überall in Deutschland, nicht zu übersehen. Alleine Münster soll auf 350.000 Einwohner anwachsen.

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, hat die CDU-Kreistagsfraktion und wird dies auch in den nächsten Jahren tun, ihren Schwerpunkt auf die weitere Entwicklung und Stabilisierung unserer Region gelegt.

WENN wir doch schon aus jeder Ecke unseres Kreises nie länger als 30 Minuten in eine uns umgebende Großstadt zu fahren brauchen, dann **MÜSSEN WIR DAS AUCH STÄRKER KUNDTUN!**

Laßt uns unseren Kreis stärker bewerben, lasst uns unseren Unternehmen und Mitbürgerinnen und Mitbürgern hier vor Ort explizit sagen, gerne auch auf Großleinwänden, **WIE GUT** man hier im Kreis Warendorf leben kann.

Lasst uns ihnen und auch unseren Nachbarn, die regelmäßig durch den Kreis fahren, mitteilen, **WIE GÜNSTIG** hier bei uns die Baugrundstücke sind..., verglichen mit den weiter explodierenden Grundstückspreisen in den anliegenden Großstädten. Familien können sich dort eben meist nicht mehr ein Reihenhäuschen leisten. Bei uns geht auch ein richtiges freistehendes Einfamilienhaus.

Laßt uns ihnen sagen, dass sie nur **höchstens 30 Minuten zur nächsten Großstadt** fahren müssen und dass es ihnen der Ausbau unserer Kitabetreuungszeiten bald erlauben wird, auch bis 19.00 Uhr am Arbeitsplatz in Münster oder Hamm zu bleiben, um bis 20.00 Uhr ihre Kinder hier an ihrem schönen Familienwohntort mit gesunden sozialen Strukturen wieder abzuholen.

Und laßt uns hier vom Kreis aus unsere Städte auf Wunsch aktiv unterstützen, wenn es um Grundstücksmonitoring oder den Nachweis zusätzlicher **Wohnbauflächenbedarfe** im Regionalplan geht. Damit immer zeitgerecht nachgesteuert werden kann.

Zu einem modernen Wohn- und Arbeitsumfeld gehört heute ein **schnelles Breitbandnetz** wie die Straße zum Arbeitsplatz oder die Brötchen beim Bäcker.

Endlich sind die Förderrichtlinien, nachdem sich auch die CDU auf Münsterlandebene im Vorfeld stark dafür eingesetzt hat, auf die Förderung von Funklösungen und Leerrohrstrategien ausgedehnt worden.

Gerade in unserer münsterländischen Parklandschaft leben viele Menschen im Außenbereich. Landwirte sind moderne Unternehmer mit ebensolchen Infrastrukturanforderungen.

Es kann und darf nicht sein, dass der Ausbau mit schnellem Internet an den Ortsgrenzen endet.

Wir, die CDU-Fraktion, wollen, dass hier baldmöglichst flächendeckende Versorgungsstrukturen in **den Aussenbereichen** des Kreises geschaffen werden. **Funklösungen** sind schnell und stabil und viel besser als LTE, und, anders als die Verlegung von Glasfasernetzen im Aussenbereich, deutlich kostengünstiger umsetzbar.

Wir wünschen uns, dass alle unsere **Orte** in absehbarer Zeit über schnelles Internet mit mindestens 50 Mbit verfügen und einen Vergleich mit Großstadtregionen nicht scheuen

müssen. Nur der flächendeckende Ausbau mit **Glaserfaser bis zu jeder Haustür** gewährleistet dies.

Die **CDU-Fraktion, verehrte Damen und Herren,.. hat zu diesen Komplexen, der Kreisentwicklung und –bewerbung und zum Internetausbau, entsprechende Anträge zur praktischen Umsetzung gestellt. Unsere Gesellschaft für Wirtschaftsförderung ist dafür genau der richtige Partner.**

Und da jetzt auch der Bund ein entsprechendes Förderprogramm aufgelegt hat, sie konnten es gestern in der Zeitung lesen, sollten bald Umsetzungslösungen gefunden sein.

In nächster Zeit wollen wir uns zusätzlich dem **weiteren Ausbau unseres FH-Standorts** und neuen **flexibleren Lösungen beim Öffentlichen Personennahverkehr** widmen, einem Thema, mit dem sich die CDU-Fraktion bereits in diesem Jahr intensiv und überregional auseinandergesetzt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

beim Focus auf unseren Heimatkreis dürfen wir jedoch eines nicht außer Acht lassen: In Brüssel, Berlin und Düsseldorf denkt man größer.

Hier liegt das Augenmerk auf **Metropolregionen**.

Diese sollen nicht nur als scheinbar geschlossene Wirtschaftsräume besser wahrgenommen werden, nein, auch diejenigen, die sich zu solchen Regionen zusammenschließen, werden alles daransetzen, von der Finanztorte demnächst ein größeres Stück abzubekommen.

Der Regionalverband Ruhr, kurz RVR, wollte bereits eine eigene Brüsseler Vertretung. Wofür wohl?

Das Rheinland hat dies auch schnell erkannt und sich ebenfalls als Metropolregion definiert. Und der Landesgesetzgeber schlägt genau diese beiden Metropolregionen Rhein und Ruhr zur Manifestation im Landesentwicklungsplan vor.

Verehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier gilt es aufzupassen. Wäret den Anfängen.

Es geht nicht nur ums Münsterland, es geht um ganz Westfalen.

Während Westfalen sich lange mit der Frage beschäftigt hat, was mit der Standortbestimmung der Westfalenmetropole Dortmund ist, haben die sich dort längst für den Ruhrverband entschieden.

Bescheidenheit und Zurückhaltung sind halt eher westfälische Werte.

Darum gilt es jetzt, über alle Parteigrenzen hinweg Einigkeit zwischen Münsterland, Süd- und Ostwestfalen herbeizuführen und uns als starke Gesamtregion im Landesentwicklungsplan einzufordern. **Westfalen darf gegenüber Rhein- und Ruhr nicht benachteiligt werden.**

Die drei Regionalräte der Region werden sich dazu zusammen mit dem Landschaftsverband am 11.März nächsten Jahres gemeinsam positionieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich sehe hier auch alle unsere westfälischen Landtagsabgeordneten in der Pflicht. Machen Sie ihren Einfluss geltend.

Im härter werdenden Wettbewerb der Regionen um qualifizierte Arbeitskräfte wird derjenige zum Gewinner, der die Attraktivität für Einwohner und Erwerbstätige nachhaltig verbessern kann.

Wir im Kreis Warendorf, wir im Münsterland und wir in Westfalen, wir wollen zu den Gewinnern der Zukunft gehören.

Ich danke Ihnen. Die CDU stimmt dem Haushalt 2016 zu.

Sehr geehrter Herr Landrat,
ich danke Ihnen und Ihrer Mannschaft für die wie üblich hervorragende Begleitung der diesjährigen Haushaltsplanberatungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen,
ich danke auch Ihnen für das gemeinsame Bemühen, mit einer effizienten Kreisverwaltung das Beste möglichst kostenoptimiert für unsere kommunale Kreisfamilie zu erreichen.

Und nun zu Euch,
liebe Freundinnen und Freunde meiner CDU-Fraktion, ich danke ganz besonders Euch für die vielen Stunden gemeinsamen Engagements und das Vertrauen, das Ihr mir entgegen bringt.

Ich danke Euch....


Guido Gutsche
-Fraktionsvorsitzender-